



10 Jahre Postkommunismus (4): Die DDR-Oppositionellen des Revolutionswinters 1989/90 haben ihre Leistungen banalisiert

In der Falle der eigenen Einfälle

Aus dem Mittelalter ist die Anekdote überliefert: Eine Schildwache, die wie üblich auf dem Wachturm der Stadt nach Feinden ausspähte, beschloss, der Stadt einen Streich zu spielen und im tiefsten Frieden das Anrücken der Feinde zu melden. Der Erfolg war überwältigend. Nicht nur lief die ganze Stadt zu den Mauern, am Ende lief die Schildwache selbst.

Es ist ein durchaus bekanntes Phänomen in der Geschichte, den eigenen Einfällen in die Falle zu gehen und am Ende den selbst in die Welt gesetzten Gespinnten zu glauben. Wenn man dieser Tage Diskussionen um die Einschätzung der deutschen Revolution der Jahreswende 1989/90 folgt, dann will es einem manchmal scheinen, als ob hier ein ähnliches Phänomen anzutreffen sei. Als hätten die Oppositionellen damals am Runden Tisch insgeheim beschlossen, der Nachwelt vorzugaukeln, dass die Revolution auf den wahrhaftigen Sozialismus gezielt habe und diese Absicht nur von der westdeutschen Machteleite – und paradoxerweise von den Wendehälsen in der SED-Führung – durchkreuzt worden sei. So vertrat Christoph Dieckmann kürzlich die Ansicht, die ostdeutsche Revolution sei mit der Maueröffnung vom 9. November tatsächlich an ihr Ende gelangt. Nicht wenige Oppositionelle von damals scheinen dies heute zu glauben.

Gegen all diese Mythenbildung ist die historische Wahrheit festzuhalten: Die Oppositionellen, die sich seit dem 4. Oktober 1989 in der so genannten Kontaktgruppe versammelten, wollten – auch wenn durchaus einige Stasi-Spitzen unter ihnen waren – die Macht der SED und ihrer Diktatur brechen. Sie waren sich sehr wohl bewusst, dass die alten Mächte die

Waffen noch nicht gestreckt hatten. Den Zentralen Runden Tisch machten sie zu ihrem Instrument, um die SED und die Stasi auf zentralstaatlicher Ebene niederzuringen. Bis zur „Erstürmung“ der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße am 15. Januar 1990 konnte niemand in der DDR sicher sein, ob Modrow, der noch im Oktober 1989 Demonstranten in Leipzig verprügelte und verhaften ließ oder reaktionäre Kräfte aus dem Staatssicherheitsapparat nicht doch noch zur gewaltsamen „chinesischen Lösung“ greifen würden.

Um die Jahreswende 1989/90 war die Lage in der DDR aufs Äußerste gespannt. Am 8. Januar 1990 war am Runden Tisch ein Putschaufruf aus dem Geraer Bezirksamt der Stasi, datiert vom 9.

Der Zentrale Runde Tisch war ein Instrument, um SED und Stasi niederzurufen

Milosevic wird stärker und die Opposition immer schwächer

Alle blicken nach Moskau

Die serbische Opposition hat eine neue Niederlage zugeben müssen, das Regime unter Präsident Slobodan Milosevic zeigt sich gefestigt wie nie seit 1996. Nachdem sich Vertreter der relevanten Oppositionsparteien Serbiens Ende der vergangenen Woche am Rande der G-8-Konferenz für eine knappe Stunde mit Americas Frau Albright und Deutschlands Joschka Fischer getroffen hatten, stellte ein Teil von ihr, die Allianz für den Wandel, ihre alljährlichen Protestveranstaltungen in Belgrad ein. Seit dem 19. August hatten sie protestiert. Ihre Idee war, eine Übergangsregierung zu erzwingen, die demokratische Neuwahlen ausschreiben könnte. Der andere, wahrscheinlich stärkere Oppositionsblock, die SPO genannte Partei unter Vuk Draskovic, war ha von Anfang an anderer Meinung gewesen. Sie

Dass damals eigentlich gar keine Revolution stattgefunden habe oder diese sogar verhindert worden sei, liesse sich schon am Wort



1990, 90 geht es nicht. Demjoch forderte auch sie, dass Mianz sollte ihre Demonstrationen einstellen, die mittlerweile so wenige Menschen bewegen, dass sie dem Regime als Zielscheibe für Sport dienen. Wenn ein Protest notwendig sei, solle er unter Führung der SPO stattfinden. So ist die Kapitulation der Allianz und des Präsidenten der Demokratischen Partei, Zoran Djindjić, auch ein Sieg der SPO, nicht nur der serbischen Regierung.

Nun ist der in Serbien charismatische Drasković gefragt. Eine schillernde Figur. Stets hatte er betont, er habe die großen, Milosević tatsächlich gefühligen Kundgebungen angeführt und zum Sturm gegen die Regierung aufgerufen. Das stimmt. Aber er hatte sich auch dafür hingegeben, zeitweilig Vizepräsident einer Bundesregierung unter Milosević als Staatspräsident zu sein.

Die SPO hat inzwischen eine kämpferische Jugendorganisation unter dem Namen „Die Falken“ gegründet. In Serbien wird angenommen, sie könnte in eine paramilitärische Gruppierung umgewandelt werden. Zur Zeit aber sieht es fast aus, als habe Drasković Angst vor dem eigenen Mut bekommen. Tschechien ist weit von Serbien entfernt, trotzdem blicken alle Politiker des Landes wie ge-

Verbraucher zwingen Agrarkonzerne zu Reduktion von Gentech

Globalisierung des Umweltschutzes

Die Fusion von Monsanto und Pharmacia & Upjohn ist ein Erfolg der internationalen Umweltschutzbewegung – so kurios das klingen mag. Die Fusion ist auch ein Zeichen dafür, dass trotz – manchmal eben sogar wegen der Globalisierung – auch die Umwelverbände einiges bewegen können, wenn sie die richtige Strategie verfolgen.

Aggressiv wie kein anderer Konzern hat Monsanto die Einführung gemanipulierter Ackerpflanzen, die so genannte Grüne Gentechnik, vertreten und forciert. Dabei gab es zunächst in den USA keine nennenswerten Widerstände. Erst durch den massiven Protest in Europa und die daraus folgenden Vorbehalte in Japan kam der Konzern in Schwierigkeiten, denn Japan und Europa sind wichtige Abnehmer für Mais und Soja aus den USA. Die Probleme brachten Monsanto Aktienkurs ins Wanken und setzten damit die Konzernleitung unter Druck. Monsanto musste reagieren: Mit der Fusion kommt nicht nur frisches Geld, sondern, wie es aussieht, auch eine neue Unternehmenspolitik. Die Agra-Gentechnik wird nicht mehr so hohe Priorität haben, die Grüne Gentechnik hat ihre Speerspitze verloren.

Dies wäre nicht geschehen ohne den Druck von Umweltschützern, allen voran Greenpeace und

nicht einzuziehen, die er seinen belgischen Freunden nicht vorenthalten wollte. Er ist aber nicht gekommen, und sowohl Serbien als auch Montenegro haben um die Gunst der zukünftigen Machthaber im Krenl, deren Absichten und persönliche Präferenzen auf dem Balkan noch nicht klar erkennbar sind.

Der Westen kommt, wie so oft, zu spät. Spektakulär sind einige hundert Tonnen Heizöl im Rahmen des Programms „Energie für Demokratie“ in den von der Opposition regierten Städten Niš und Pirot angekommen, aber der Rest Serbiens, vor allem Belgrad, wird vorerst mit russischem Erdgas gut behetzt. Es kommt durch Ungarn, das nach anfänglichen Zögern nicht wagte, den Transit des nicht nur das Leben, sondern auch das Regime erhaltenden Gases zu verhindern, denn – Nato hin, EU her – auch Ungarn ist auf diese Energiequelle aus Russland immer noch angewiesen.

Sicher wird im anbrechenden Jahrtausend auch in Serbien der Weg in Richtung Demokratie und Menschenrechte gefunden werden, ob das aber schon im ersten Jahr, dem nächsten, gelingen wird, bezweifeln im Augenblick immer mehr Bürger des verelendeten, von aller Welt isolierten Landes. **Ivan Ivanji**
Schriftsteller und Publizist, lebt in Wien und Belgrad

Friends of the Earth. Doch dieses Mal waren nicht Protestbriefe, bestiegene Schornsteine oder der Lobbydruck auf Politiker ausschlaggebend. Die Entscheidung wurde an den Ladenkassen errungen. Die Organisation von Verbraucherprotesten war es, die die Industrie zum Umdenken brachte.

Dabei war nicht der Druck auf Monsanto, Novartis und Co. entscheidend, sondern der auf die Lebensmittelhersteller und Supermarketen. Sie führten schließlich um ihre Umsätze und gaben leicht nach. Über diesen Umweg wurden die amerikanischen Farmer, die weltweit die meisten Gemüsepflanzen anbauen, und dadurch erst die Life-Science-Konzerne getroffen. So ließ sich auch die Diskussion über die Risiken der Gentechnik aus Europa in die USA tragen.

So finden ökologische Argumente auch in der Gesellschaft der Shareholder, der Aktienbesitzer wie der in die Entscheidung der Unternehmen. Greenpeace Deutschland hat mit seiner Gentechnik-Kampagne erstmals fast ausschließlich auf den Verbraucherdruck gesetzt und seine Sympathisanten als „Gendeketive“ in die Supermärkte geschickt, um gegenwärtige Nahrung aufzusprühen. Mit Erfolg, wie sich zeigt, bis in die USA. **Matthias Urbach**

politischen Sprachschatz, auch in weiten Kreisen der ehemaligen Oppositionellen. Dabei wurde der Begriff nach dem 9. Oktober 1989 von Egon Krenz geprägt und sollte anzeigen, dass die neue SED-Führung von nun an auf das Niederknüppeln der Demonstranten verzichten wollte. Der „Wende“-Begriff symbolisiert nicht einmal eine „Revolution von oben“, sondern nur einen Kurswechsel der Machthaber, ihr oberflächliches Umpositionieren. Dies trifft zwar für so manche „Wendehäule“ zu, wird aber insgesamt den revolutionären Ereignissen der Jahre 1989 und 1990, die die tief greifende Umwälzung der Herrschaftsverhältnisse bewirkten, nicht gerecht.

Auch an der Entstehung des Mythos vom „Anschluss“ wirken die einseitigen Oppositionellen bis heute kräftig mit. Dieses Wort aus der Propagandakiste der SED-PDS fließt den Bürgerrechtlern inzwischen ohne Stocken über die Zunge. Doch schon wer in den Wortprotokollen des Berliner Zentralen Rundens Tisches der DDR nachblättert, wird überrascht sein, wie sehr die Oppositionellen damals ebenso wie Wirtschaftsministerin Christa Luft (SED-PDS), den angeblich drohenden „Ausverkauf“ der DDR betürchteten. Zu den Kuriositäten dieser deut-

Der Begriff „Wende“ symbolisiert nur einen Kurswechsel der Machthaber

schen Revolution zählt ferner, dass die Oppositionellen am Runden Tisch aus Angst vor „Überfremdung“ tatsächlich darauf drängten, für die Volkskammerwahlen im März 1990 die Wahlkampfliste aus dem Westen zu verbieten. Das hat ohne Frage, wie Martin Gutzeit noch heute beklagt, der SED-PDS und den ehemaligen „Blockflütern“ in die Hände gespielt. Reichlich



Foto: privat

Patrick Horst
Politologe an der Universität Lindeburg und Publizist. Er war beteiligt an der Edition des Wortprotokolls und der Dokumente des Zentralen Rundens Tisches der DDR, die soeben erschienen ist (Westdeutscher Verlag).

willfähriger Bittrel Helmut Kohls

den überstürzten Beitritt zur Bundesrepublik nach Grundgesetz Artikel 23 zu suchen. Stattdessen hätte man auf der Grundlage einer einzigen DDR-Verfassung selbstverfassung ringen sollen. So hätte man einige der „Ernungsschafte“ der DDR in die neue Bundesrepublik hinüberretten und zum Aufbau einer tragfähigen gesamtdeutschen Identität beitragen können. Die Wahrheit ist: Für eine eigene DDR-Verfassung gab es damals im Lande keine Mehrheit – und deshalb auch nicht am Runden Tisch. All diese Legenden lauten letztlich auf das Kleinreden und Banalisieren der großen Taten hinaus, die die Bürgerrechts- und Demonstrationenbewegung in der Revolution von 1989/90 vollbrachte. Es macht manchmal den Eindruck, als wollten die Oppositionellen von einst sich noch nachträglich bei ihren Peinigern für die Revolution entschuldigen. Für ihren Saufmut müssen die Bürgerrechtler denn auch bis heute Spott und gelegentlich gar Hämne über sich ergehen lassen. Rolf Schneiders hat die in die „Regierung der Nationalen Verantwortung“ eingetretenen Bürgerrechtler als „Minister mit Dienstwagen und ohne Portefeuille“ karikiert.

Es war nicht der Kompromiss mit Modrow – unter den damaligen Umständen durchaus verständlich –, der die SED und später die PDS aufgewertet hat, sondern die nachträglichen Banalisieren und Mythenbildungen. Das unumstrittene Verdienst des Zentralen Rundens Tisches, die SED-Diktatur ohne den Einsatz von Gewalt gebrochen und in der Folgezeit den friedlichen Übergang der DDR in die gesamtdeutsche Demokratie gesichert zu haben, bleibt davon unberührt. Um allerdings der ganzen historischen Wahrheit die Ehre zu geben, noch vor dem Zentralen Rundens Tisch in Berlin waren die eigentlichen Helden der Revolution die Menschen der DDR, die das Land zuvor in Scharen verlassen hatten, im Sommer 1989 die Botschaften in den Nachbarländern besetzten oder sich im eigenen Land zu Runden Tischen, Bürgerforen und den Demonstrationen der Kerzen zusammenschlossen. Sie waren die wirklich treibende Kraft der Revolution und auch des Berliner Rundens Tisches. Ihnen ist es auch zu verdanken, dass die Vorstellungen von einem „Dritten Weg“, die es am Zentralen Rundens Tisch in Berlin durchaus gab, nie verwirklicht wurden. **Patrick Horst**